



Es ist ihr gutes Recht!

DIE LINKE Landtagsabgeordnete Ute Lukasch will einen umfassenden Mieten- und Gaspreisdeckel. Bis es beherzte Schritte in diese Richtung gibt, sollte sich niemand schämen, in der großen Krise einen Antrag auf Wohngeld zu stellen. Das gilt nicht nur Harz-IV-Empfänger*innen.

Die Versorgung mit Wohnraum, Strom und Wärme stellt viele Menschen vor eine immer größere Herausforderung. Durch miese Löhne und verschobene Prioritäten des Staates, fühlen sich viel der Krise nicht gewachsen. Energie und ein angemessenes Dach über dem Kopf sind aber unumstößliche Rechte. Das gilt besonders in einer wohlhabenden Demokratie, wie der Bundesrepublik. Zwingend notwendig sind deshalb neben der individuellen Förderung der Haushalte, die Lösung des zugrundeliegenden Problems: ungebremst ansteigende Wohn- und Energiepreise. Deshalb brauchen wir so dringend einen flächendeckenden Miet- und Gaspreisdeckel. Dazu den Umstieg auf kosteneffizientere und umweltfreundlichere Energieerzeugungsmethoden. Einen ersten Schritt zur Unterstützung für Mieter:innen und Eigenheimbesitzer:innen stellen der Wohngeld- und Lastenzuschuss dar. Den können jetzt auch Eigentümer*innen einer Immobilie



In Berlin hatte Rot-Rot-Grün 2020 einen Mietendeckel eingeführt. Den kassierte aber das Bundesverfassungsgericht. Obergrenzen sind dennoch möglich, nur nicht auf Landesebene.

stellen. Eltern mit geringem Einkommen können bis 229 Euro Kinderzuschlag beantragen, Alleinerziehende bis 314 Euro pro Kind. Die Gehaltsobergrenze für Wohngeld wurden 1.100 bis 1.200 Euro angehoben. Unter www.energie-aber-fair.de gibt es alle weiteren Angebote. Auch, wenn sich viele Bürger*innen sträuben die Unterstützung zu beantragen – es ist ihr gutes Recht. Wessen Einkommen nicht ausreicht, um die Wohnkosten zu decken, sollte seinen Antrag bei der zuständigen Wohngeldstelle stellen. Das gilt nicht nur für Arbeitnehmer*innen, sondern auch für Rentner*innen und Empfänger*innen vom Arbeitslosengeld I. Hilfestellungen zu Wohngeld, Lastenzuschuss und den damit einhergehenden Anträgen bieten einige Wahlkreisbüros der Linkspartei. Auch, wenn sie keine offizielle Beratung anbieten können, wird gerne unterstützt, wo es geht, um solidarisch durch die Krise zu kommen.

Ute Lukasch

Nazis stoppen per Kommunal-Verordnung

Der Bundeskongress des AfD-Jugendverbandes in Apolda hätte leicht verhindert werden können.

Die „Junge Alternative“, ist die Jugendorganisation der AfD. Sie hat im Oktober beim Bundeskongress ihr braunes Gift in der Stadthalle Apolda verspritzt. Das hätte nicht sein müssen! Die Kommunen könnten nämlich dafür sorgen, dass Neonazis die Stadthalle gar nicht mieten dürfen. Dafür gibt es die rechtlichen Instrumente von der Benutzungssatzung bis zum Gemeinderatsbeschluss.

Die LINKE Stadträtinnen aus Jena, Katharina König-Preuss und Lena Saniye Güngör, fordern deshalb: Wo Neonazis Räumlichkeiten in öffentlichen Einrichtungen anmieten, sollten ihnen Verwaltungen und Kommunalparlamente geschlossen in die Parade fahren. Das heißt, alle rechtlichen Hebel einsetzen, um Veranstaltungen wie den JA-Bundeskongress zu verhindern.



Ob diese Protestierenden schon die kommunalrechtlichen Möglichkeiten, sich gegen Nazis zu wehren, kennen?

Der Weg ist simpel. Der Mieter bekennt mit der Unterschrift, dass die Veranstaltung keinen rechtsextremen oder antidemokratischen Inhalt haben wird“, erläutert König-Preuss.

Bei der AfD und ihrer Jugendorganisation sind solche verfassungsfeindlichen Bestrebungen aber Standard. Das sagte auch das Verwaltungsgericht Köln in einem Urteil vom März.

Ziel ist aber nicht, öffentliche Räume für sämtliche Parteien auszuschließen. Damit die Kommunen das besser managen können, brauchen sie gezieltere Beratung. Ein neuer und zeitgemäßer „Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen zum Umgang mit Rechtsextremisten“ vom Innenministerium ist da mehr als überfällig.

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389